

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk. fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 37 :. 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-
straße 10 b :. Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 13. September 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — An die Ortsvorstände. — Streiknotizen. — Der Verband der Sattler und Portefeuillier im Lichte der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1911. 11. — Die Grenzen auf! — „Rohle“ Geschäftspraktiken in der Lederwarenindustrie. — Bericht der Bezirkskonferenz für das Offenbacher Industriegebiet. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Versammlungs-kalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 15. bis 21. September ist
der 15. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

An die Ortsvorstände.

In den letzten Wochen wurde häufig an die
Redaktion das Ersuchen gerichtet, unter den am
Kopf der Zeitung befindlichen Sperrnotizen
auch Bekanntmachungen aufzunehmen, wonach
unser Mitglieder ersucht werden, bei Arbeits-
angeboten der Firma K. D. sich zuerst an die
Ortsverwaltung zu wenden.

Wir müssen die Aufnahme derartiger
Notizen ein für allemal strikte ablehnen. Seit
Jahr und Tag steht fast ständig die Notiz in
unserer Zeitung, daß die Kollegen verpflichtet
sind, bei Arbeitsannahme in anderen Orten sich
zuerst mit der Ortsverwaltung in Verbindung
zu setzen. Diese Notiz gilt für alle Mitglieder
unseres Verbandes, und bleibt es den Orts-
verwaltungen überlassen, schärfere Maßregeln
gegen die Kollegen zu ergreifen, welche sich über
diese Bestimmung hinwegsetzen.

Sobald wir aber für einzelne Werkstätten
derartige Notizen loslassen, wird der Anschein
erweckt, als dürfe man in den anderen Be-
trieben ohne Anfrage bei der Ortsverwaltung in
Arbeit treten. Wenn dem ständigen Hinweis
genügend Beachtung geschenkt wird, so erübrigt
sich jede weitere Maßnahme.

Der Vorstand.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in
anderen Städten sich zuvor bei der dortigen
Ortsverwaltung zu erkundigen.

München. Die Militärsattler der
Firma Berner u. Steinmetz stehen im Streik,
weswegen Bezug streng fernzuhalten ist.

Offenbach a. M. Die Militäreffekten-
fabrik (Firma Maury) ist gesperrt.

Achtung! Automobilsattler! Achtung!

In verschiedenen Berliner Automobilbetrie-
ben, insbesondere in der „Neuen Automobilge-
sellschaft (N. A. G.), Berlin-Oberschöneweide“, wird
versucht, die Einstellung der Kollegen von der
Beitrittserklärung zum g e l b e n Unterstützungs-
verein abhängig zu machen. Wir warnen die
Kollegen, unter solchen Umständen in diesen Be-
trieben Arbeit anzunehmen.

Der Verband der Sattler und Portefeuillier im Lichte der Gewerkschafts- statistik vom Jahre 1911.

II.

P. B. Im vorigen Artikel haben wir unsere
Stellung im Mitgliederstande unter den Ge-
werkschaften beleuchtet, heute wollen wir die
Leistungen und Gegenleistungen unseres Ver-
bandes innerhalb dieses Rahmens gegenüber-
stellen. Wenn wir in voriger Nummer den Nach-
weis führten, daß wir nicht ganz im selben
Tempo Schritt gehalten haben in der Mit-
gliederzunahme wie die Gesamtorganisationen,
so wird dieses durch die Einnahme an Eintritts-
geldern unterstrichen, wo wir an 32. Stelle
stehen, allerdings in der absoluten Einnahme,
da die Kopfeinnahme nicht in Vergleich gezogen
werden kann. Interessanter sind schon die Ein-
nahmeposten der Beiträge. Mit der Mitglieder-
zahl respektive durchschnittlichen Mitgliederzahl
stehen wir an 28. bzw. 27. Stelle. Die
Einnahme von 294 873 Mk. an Verbandsbei-
trägen bringen uns in den Gesamteinnahmen
der Gewerkschaften an die 27. Stelle. In den
Lokalbeiträgen erreichen wir in der absoluten
Einnahme von 58 132 Mk. die 14. Stelle in den
deutschen Gewerkschaften. Es wird hierdurch der
Beweis erbracht, daß unsere Mitglieder auch
in der Beitragsleistung ihre Pflicht erfüllen.
Allerdings haben 13 Organisationen keine An-
gaben über Lokalbeiträge gemacht, aber über
die Hälfte dieser Organisationen haben kleinere
Mitgliederzahlen wie wir, und unter der anderen
Hälfte stehen etliche Verbände fast auf derselben
Höhe, so daß wir mit den Einnahmen aus
lokalen Beiträgen weit über dem Durchschnitts-
maß stehen. Die Bedeutung der Lokalkassen
wird in den Ortsverwaltungen immer mehr er-
kannt. Ende 1910 gehörten von unseren Mit-
gliedern 8361 den Lokalkassen an, Ende 1911
9769, also eine größere Steigerung als wie die
Mitgliederzahl überhaupt. Von den gewerk-
schaftlich organisierten Arbeitern zahlten 65,3
Prozent Lokalbeiträge, in unserer Organisation
betrug der Prozentfuß 72,2, also auch hier über
dem Durchschnitt. Aber auch die Kopfleistung
überschreitet ganz enorm die Durchschnitts-
leistung der lokalbeitragenden Mitglieder.
Die beteiligten Mitglieder zahlten im Jahre
1911 4,88 Mk. Lokalbeitrag, während wir eine
Kopfleistung von 6,40 Mk. zu verzeichnen haben.

Dieses Ergebnis ist kein gutes insofern, als
enorme Beiträge von unseren Mitgliedern ge-
leistet werden, jedoch die Hauptkasse keinen
nennenswerten Vorteil davon hat. Im über-
nächsten Jahre wird die Statistik über unsere
Lokalkasse allerdings etwas anders ausfallen,
weil inzwischen die Erhöhung der Verbands-
beiträge eingetreten ist und das Mißverhältnis
dadurch behoben wird. Leider fehlen die An-
gaben über die Kopfleistung der Mitglieder an
Verbandsbeiträgen und ist nur die Leistung des
Gesamtbeitrages pro Kopf ermittelt, die für
unsere Organisation 26,07 Mk. beträgt, und da-
durch an 25. Stelle rangiert. Wir würden diese
günstige Stellung aber nicht erreichen, wären
beide Beitragsarten getrennt in der Kopfziffer
nachzuweisen. Mit der Gesamtjahreseinnahme
des Verbandes, also inklusive der
Lokaleinnahmen, Zinsen usw., er-
reichen wir in der absoluten Einnahme wieder
unsere normale Stellung, während wir in der
Kopfziffer mit 28,13 Mk. an 24. Stelle gebracht
werden.

Art der Vergleiche	Ueberhaupt		Pro Kopf	
	Mk.	ab. an Stellr.	Mk. u. Pf.	ab. an Stellr.
Einnahmen:				
Eintrittsgelder	1771	32	—	—
Verbandsbeiträge	294873	27	26,07	25
Lokalbeiträge	58132	14	—	—
Gesamt-Jahreseinnahme	880959	28	28,13	24
Ausgaben:				
Agitation	24731	19	1,78	14
Bildungszwecke	25987	25	1,92	11
Verwaltung der Hauptkasse (sächliche)	4083	27	0,35	25
Verwaltung der Hauptkasse (persönliche)	7185	30	0,53	36
Vertikale Verwaltung	46896	25	3,46	25
Reiseunterstützung	5932	20	0,44	16
Arbeitslohenunterstützung	67059	16	4,95	13
Krankenunterstützung	53617	26	3,96	21
Beerdigungsbeihilfe	5715	20	0,42	20
Umzugsunterstützung	1844	22	0,14	20
Streitunterstützung	34053	31	2,51	30
Gemahregeltenunterstützung	4765	24	0,35	17
Gesamt-Jahresausgabe	805948	30	22,59	28
Vermögen:				
Gesamtvermögen d. Verband.	480592	18	35,49	11
Vermögen der Hauptkasse	326710	19	24,13	17

Zu der Beitragsfrage kann noch folgendes
nachgetragen werden. Maßgebend für die
Leistungsfähigkeit der Organisation ist der Ver-
bandsbeitrag. Es liegt uns fern, hier eine Nach-
lese zum Münchener Verbandstag zu halten.
Aber es ist doch interessant, welche gemaltig
Bewegung gerade in dieser Frage zu konstatieren
ist. Im Jahre 1911 zahlten 45,1 Proz. der
deutschen Gewerkschaften mehr als 50 Pf.
pro Woche, 18,4 Proz. 50 Pf., so daß
also zwei Drittel aller gewerkschaftlich organisier-

ten Arbeiter 30 Pf. und mehr pro Woche Beiträge leisteten. Die Beitragsleiter der billigen Beiträge von 30 und 35 Pf. wird es interessieren zu lesen, daß ferner 16,9 Proz. der Arbeiter 41 bis 49 Pf. zahlten, während 8,4 Proz. 40 Pf. leisteten. Unter 10 Pf. wird nur von 11,2 Proz. der männlichen Mitglieder bezahlt. Von großem Interesse ist ferner, daß im Jahre 1910 nur erst 8,9 Proz. der Mitglieder mehr als 60 Pf. zahlten, im Vorjahre sind es bereits 29,19 Proz. Diese gewaltige Steigerung ist für jeden Gewerkschaftler ein Beleg für die Beurteilung dieser Materie. Sofern die weiblichen Mitglieder mit in Betracht gezogen werden, stellt sich das Ergebnis der Beitragsleistung wie folgt:

Bis 20 Pf.	Mitglieder	1911 Proz.	1910 Proz.
21—30	49 414	2,13	3,14
31—40	174 829	7,53	6,05
41—50	281 673	12,14	22,03
51—60	749 258	32,28	25,76
über 60	858 433	16,73	34,12
	677 387	29,19	8,90

Unsere Münchener Generalversammlung ist bemüht gewesen, einen kleinen Schritt vorwärts zu wagen; wie notwendig aber dieser Entschluß war, wird jeder objektive Beurteiler an diesen Vergleichen erkennen können. Und sofern noch Zweifel vorliegen sollten, wird er sich durch eine Einsicht in die Ausgaben unserer Organisation überzeugen lassen.

Hier springt vor allem in die Augen, daß wir mit einer Reihe von Positionen an sehr hoher Stelle stehen, so mit den Ausgaben für Agitation und Bildungsweisen. Dieses trifft aber für alle mittleren und kleineren Organisationen zu. Ob eine Zeitung für 100 000 oder für 10 000 Mitglieder erscheint, ist für die Grundkosten belanglos. Hier spielt nur noch die Ausstattung, Erscheinungsweise, Umfang und die Anzahl der Mitarbeiter, d. h. bezahlte, eine Rolle. Ein achtseitig erscheinendes Blatt mit dem Umfang von 8 Seiten mit der kleinen Druckschrift stellt sich unbedingt etwas teurer, deshalb rangieren wir mit dem Bildungsweisen, und dieses ist hauptsächlich die Zeitung, an 11. Stelle. Fast dieselben Ursachen liegen bei dem Posten Agitation zugrunde, auch hier hohe Verwaltungskosten bei einem beschränkten Mitgliederstande. Im Gegensatz hierzu stehen die Verwaltungsausgaben der Hauptkasse. Während wir mit den sachlichen Ausgaben fast normal rangieren, an 27. resp. 25. Stelle, werden wir mit den persönlichen Ausgaben sogar an 36. Stelle gedrängt, trotz der beschränkten Mitgliederzahl. Der größte Teil der Organisationen wendet also pro Kopf des Mitgliedes mehr für diese Position auf. Mit den örtlichen Verwaltungskosten stehen wir auch eine Kleinigkeit über der Normalziffer.

Wenden wir uns nun dem Unterstützungsweisen zu. Hier ist zu unterscheiden zwischen Streik- und Gemäßregelunterstützung auf der einen Seite und den sämtlichen übrigen Unterstützungen auf der anderen. Das Jahr 1911 war für uns kein besonderes Streikjahr, wir haben schon in früheren Jahren bedeutend mehr pro Kopf des Mitgliedes ausgeben müssen. Ganz anders lagen die Dinge bei vielen größeren Organisationen, die in ganz verhältnismäßig hohem Maße in Kämpfe verwickelt wurden. Trotz alledem stehen wir mit den Kopfausgaben an 30. Stelle, gegenüber der 27. Stelle mit unserer durchschnittlichen Mitgliederzahl. Anders liegt es schon mit der Gemäßregelunterstützung, wo wir an die 17. Stelle mit der Kopfausgabe rücken. Es kommt hier nun auch viel darauf an, wie von den einzelnen Vorständen der Begriff Maßregelung definiert wird. Jedenfalls haben unsere Mitglieder keinen Anlaß zu Klagen, sonst könnten wir nicht an dieser Stelle rangieren. Während diese beiden Unterstützungsarten mehr oder weniger durch die wirtschaftlichen Strömungen beeinflusst werden und je nachdem hohe oder niedrige Ausgaben verursachen, so entspringen die Ausgaben für die übrigen Unterstützungen zum größten Teile anderen Ursachen. Die Höhe dieser Ausgaben richtet sich aber auch nach dem mehr oder minder guten Ausbau des Statuts. Auf diesem Gebiete scheint sich unsere Organisation keine

Vorwürfe machen zu brauchen, denn fast durchweg stehen wir in unseren Leistungen weit über dem Normalmaß. Ein Blick auf unsere Tabelle zeigt uns, daß wir in der absoluten wie in der stopfausgabe an sehr hoher Stelle stehen. Wir wollen nicht ins einzelne gehen, sondern nur auf den hohen Stand der Arbeitslosenunterstützung hinweisen. Unsere Unterstützungsliste sind gewiß nicht schlecht, jedoch werden die hohen stopfausgaben mehr durch die fast chronisch gewordene Arbeitslosigkeit bedingt. Bringen wir aber diese Materie mit unserem Beitrag in Vergleich und werten wir dann einen Blick auf die anderen Organisationen, so ergibt sich jedoch ein arges Mißverhältnis, worüber ja in München auch in ausführlicher Weise gerade worden ist. Trotzdem besteht der Wunsch, namentlich in den großstädtischen Kreisen unserer Mitgliedschaft, gerade die Arbeitslosenunterstützung noch besser auszubauen. Wir halten dieses Streben für gerechtfertigt, wenn auf der anderen Seite auch die materiellen Unterlagen vorhanden sind.

Mit unserem Vermögen nehmen wir eine bevorzugte Stelle ein, insbesondere im Gesamtvermögen, wo das Lokalfassen- und Hauptkassenvermögen zusammen berechnet ist. Am 1. Januar 1912 betrug aber das Vermögen der Lokalfassen rund ein Drittel des Gesamtvermögens und wir sehen denn auch gleich den Unterschied, sofern diese beiden Klassen getrennt betrachtet werden. Durch die Reformen, welche München geschaffen hat, werden die Lokalfassen in Zukunft diesen Vorprung nicht mehr haben und die Hauptkasse die ihr gebührende Stellung einnehmen.

Resümieren wir die Einzelergebnisse, so darf gesagt werden, daß unsere Erfolge in der Mitgliederzunahme als normal bezeichnet werden müssen, die Beitragsleistung, soweit die Zahlung an sich in Frage kommt, wohl eine gute zu nennen ist, daß unsere Beitragshöhe nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung dieser Materie in den anderen Verbänden. Dagegen bietet die Organisation im Unterstützungsweisen eine Gegenleistung, die weit über den Durchschnitt geht. Nur noch kurz der Hinweis, daß die deutschen Organisationen im Jahre 1911 pro Kopf des Mitgliedes 8,82 Mk. für Unterstützungen ausgaben, d. h. ohne Streikunterstützung. Unsere Organisation zahlte auf den Kopf 10,11 Mk. aus. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den Organisationen, welche diese Unterstützungsform eingeführt haben, 3,30 Mk., bei uns 4,95 Mk.

Wir sind uns bewußt, noch manche Einzelheit, auch von Interesse, übergegangen zu haben; die beiden Artikel dürften aber den Beweis erbracht haben, daß unsere Organisation im Rahmen der deutschen Organisationen ihren Mitgliedern und auch der Allgemeinheit gegenüber ihre Pflicht erfüllt. Unser Streben wird darauf gerichtet sein, diese Position auch in der Zukunft zu behaupten.

Die Grenzen auf!

Die durch die Fleischsteuerung hervorgerufene Notlage unter den Arbeitern war für die sozialdemokratischen Fraktionen in den einzelnen Landes- und Gemeindeparslamenten Anlaß genug, die sofortige Aufhebung der Hölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzperre für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhrschemie zu fordern und städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu schaffen und die vorhandenen auszubauen.

Die in der vergangenen Woche in allen Teilen Deutschlands von der sozialdemokratischen Partei arrangierten, Protestversammlungen gegen die Fleischnot erkranten sich durchweg eines guten Besuchs. In selten großer Zahl haben diesmal die Frauen daran teilgenommen, um vor aller Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß es ihnen unmöglich ist, mit dem Wirtschaftsgelde die Haushaltskosten zu bestreiten, daß sie, anstatt den Stridtrumpf zu ergreifen, sich energig um die Wirtschaftspolitik kümmern müssen, soll das Volk nicht an Unterer-

nährung zu Grunde gehen. Würde die Reichsregierung mit dem langen Mann aus Hohenstein an der Leite Obren zum Hören und Augen zum Sehen haben, es würde ihr ob der revolutionären Stimmung in allen Schichten der Bevölkerung, mit Ausnahme der Agrarier, angst und bange werden. Ständen jetzt die Reichstagswahlen bevor, der schwarzblaue Infestblod würde auch von Beamten und sogenannten Mittelständlern zum Hause hinausgewählt werden.

Was schert jedoch die Herren vom hohen Rat die Not des Volkes, was ihr Schrei nach Befreiung der Hölle auf Lebensmittel und Öffnung der Grenzen zwecks Einfuhr gesunden und billigen Fleisches, solange die Herren von Zigeunig und Tunderik aus Kaschubien und Ruttameria nur im Ueberfluß schwelgen können. Wohl hat die Regierung heute nicht mehr den Mut, die Teuerung zu bestreiten. Sie ist aber frei genug und hält das Volk für naiv und dummgläubig genug, die seit Jahren durch die verteuerte Lebenshaltung andauernde Entwertung der Kaufkraft des Geldes als eine vorübergehende Ercheinung zu bezeichnen; die Krise sei geeignet, gesunde und befriedigende Verhältnisse zu schaffen. Im übrigen sei ja genügend Vieh vorhanden, so daß kein Grund vorliegt, außerordentliche Maßnahmen, wie Öffnung der Grenzen und Aufhebung der Futtermittelzölle, zu treffen. Außerdem, so sagt die preussische Regierung, bürdt die Öffnung der Grenzen für Lebendvieh die Gefahr der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in sich, was wiederum eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes bei den breitesten Bevölkerungsschichten nach sich ziehen würde.

Die Tatsache, daß das Wort „Vrenken“ von dem lateinischen „Vornissia“ abgeleitet ist, was soviel wie Vorrufstand bedeutet, mag als Grund angeführt werden, daß die Junker sich bemühen, russische Zustände in Vrenken zu konjervieren. Daß die zur Regierung berufenen Herren dieser an Zahl kleinen, an Einfluß großen Klasse, entnommen werden, mag vieles begreiflich erscheinen lassen, ist aber nichtsdestoweniger angehen, im Auslande die Meinung zu verbreiten, als habe der Zentrumsabgeordnete Giesberts recht, als er einmal im Reichstage erklärte: „Man schämt sich, ein Vrenke zu sein.“ Die Regierung aber schämt sich nicht, ihre Junkerfürsorge mit der Affektiebe zum Volke zu entschuldigen, sie läßt kein Kerfelschwänchen durch das Gitter zwischen den schwarzweißen Grenzpfählen, obgleich in Baden und Württemberg ausländisches Fleisch eingeführt wird, ohne nachteilig wirkende Krankheitserscheinungen auszulösen.

Auch die vorjährige Dürre wird noch oftmals zur Begründung der volkschädigenden Teuerung herangezogen, obgleich der Entseand vom Jahre 1912 den vorjährigen Schaden wieder ausgeglichen hat. Doch billiger sind die Nahrungsmittel nicht geworden. Nach einer von dem Volkswirtschaftler Calwer ausgearbeiteten Statistik, die sich über 300 Städte erstreckt, betrug der Nahrungsmittelverbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, wenn man die dreifache Verpflegungsration eines deutschen Marineoldaten zugrunde legt, im Juni 1911 23,97 Mk. pro Woche, September 24,77 Mk., Januar 1912 24,60 Mk., April 25,74 Mk. und im Juli 1912 26,10 Mk., also bis zu diesem Monat schon über 2 Mk. mehr pro Woche. Jeder weiß nun, daß im August und September das Fleisch noch um 10 bis 15 Pf. pro Pfund im Preise gestiegen ist und somit das Konto des Arbeiterhaushaltes enorm belastet. Da der Verdienst mit diesen Mehrausgaben nicht Schritt hält, muß an allen Ecken gespart werden. Anstatt nahrhafte Fleischspeisen, werden dem Körper Surrogate und Kartoffeln zugeführt, so lange diese überhaupt noch zu erhaschen sind. Die Folge ist Unterernährung, Steigerung der Inzucht und Rückgang der Geburtenziffer.

Daß die Zoll- und Wirtschaftspolitik die Teuerung verschuldet, will man regierungsfreudig nicht zugeben, vielmehr sucht man sie mit schlechte Ernten als eine „vorübergehende Er-

scheinung" zu entschuldigen. Daß dem aber nicht zu sein, beweisen statistische Zahlen. Gegenüber dem Jahre 1901 kostete im Juli 1912 in Berlin ein Pfund Minderfleisch 15 Pf., mehr, Kalbfleisch 32 Pf., Sammelfleisch 44 Pf., Schweinefleisch 20 Pf., Speck 15 Pf., Schinken 52 Pf. und Schmalz 26 Pf. mehr. Aber nicht allein in Berlin ist die enorme Steigerung der wichtigsten Nahrungsmittel zu verzeichnen. Sie erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich, wie es uns die amtlichen Preisfeststellungen berichten. Ein Vergleich mit den Preisen von der ersten Hälfte des Monats August 1909 und 1912 ermöglicht folgende Zusammenstellung:

Jahr	Rindfleisch 1 kg Pf.	Kalb- fleisch 1 kg Pf.	Sammelfleisch 1 kg Pf.	Schweine- fleisch 1 kg Pf.	Speck 1 kg Pf.
August 1909	155,9	173,6	109,6	102,1	185,0
" 1910	163,1	183,9	174,3	162,1	180,0
" 1911	169,5	185,3	183,5	146,5	109,9
" 1912	189,0	198,7	195,9	174,0	190,4
Steigerung v. 1909-1912	33,1	25,1	26,3	11,9	5,1

Diese Wirtschaftspolitik hat es zuwege gebracht, daß im ersten Halbjahr 1912 39 700 Tonnen Fleisch weniger konsumiert, aber 35 Millionen Mark mehr dafür ausgegeben wurden. Unsere Leser wissen, daß nicht nur das Fleisch, sondern auch das Brot infolge der famosen Politik teurer geworden ist. In der Zeit von 1900 bis 1909 stieg Roggen um 2 Pf. pro Pfund, Mehl von 9¼ auf 11¼ Pf., Brot von 12 auf 15 Pf. und Weizenbrot von 20 auf 27 Pf. Während die deutsche Bevölkerung an Unterernährung leidet, wird das Brotgetreide um billiges Geld nach dem Auslande geliefert. Der Agrarier verkauft lieber eine Tonne Roggen für 110 Mk. nach Rußland, als für 130 Mk. nach irgendeiner deutschen Stadt, vergißt ihm doch das Reich für jede ausgeführte Tonne Roggen 40 Mk., so daß er dafür 150 Mk. vom Auslande, im Inlande nur 130 Mk. erhält. So dokumentiert sich deutscher Patriotismus, deutsche Vaterlandsliebe. Leider gibt es noch Arbeiter, die angesichts solcher nicht anzusehenden Zahlen den schwarzblassen Blockparteien Heeresfolge leisten und, obwohl sie ebenso schwer wie sozialdemokratische Gesinnung zu leiden haben, sich ein System verteidigen. Da ist es gut, auch Stimmen von Nichtsozialdemokraten zu hören, die durchaus beachtenswert sind, weil sie ein weiser Mabe, ein ostpreussischer Grundbesitzer, hat laut werden lassen.

Dieser ostpreussische Landwirt äußerte sich in der „Königsberger Dantzigischen Zeitung“ über die tieferen Gründe der Fleischnot, in dem er ausführt, daß die kleinen Mittel, wie Herabsetzung der Viehzölle, Einfuhr von geschlachtetem Fleisch, Errichtung von Schlachthöfen an den Hauptzufuhrstrassen usw., wohl augenblicklich die Not etwas mildern, aber nicht auf die Dauer Abhilfe schaffen könnten. Denn die heutige deutsche Landwirtschaft ist nicht imstande, das stetig steigende Fleischbedürfnis, über das der Volkswirt sich freuen sollte, zu befriedigen. Mit dem Wachstum der Bevölkerung wird auch die Fleischnot immer weiter steigen. Der Hauptgrund dafür aber sind die hohen Getreidezölle.

Die hohen Getreidezölle haben die hohen Getreidepreise gebracht. Die hohen Preise verleiten die heutigen Besitzer zu möglichst großem Getreideanbau und Getreideverkauf. Das geschieht auf Kosten der Viehzucht! Die alten Besitzer, wenigstens hier in Ostpreußen, verfrachteten das erbaute Getreide zu einem großen Teil in der eigenen Wirtschaft, sie legten Gärten an für die Aufzucht. Die neuen Besitzer „verkopfen“ das Getreide, so viel wie irgend geht, der hohe momentane Erlös paßt ihnen ausgezeichnet zur Bekleidung der großen Ausgaben; der Getreideverkauf fällt ihnen sofort die Taschen mit Geld, die Viehzucht erst in zwei bis drei Jahren. Die alten Gärten werden womöglich umgerissen und mit Hafer besät. Wenn der so wächst, wie in den beiden letzten Jahren, und so gut geerntet wird wie im vorigen, dann lachen die neuen Landwirte die alten, dümmen Besitzer aus. Aber wenn die schöne Ernte berechnet, wie leider in diesem Jahr, ja, dann werden sie nicht über die Alten lachen. Dann fehlen ihnen nicht nur die Getreideernten, sondern auch die aus dem

Vieh, zumal schon seit Jahren, verteidigt durch die hohen Preise, die Viehbesitzer stark gelichtet und schon vor der eigentlichen Verkaufszeit zu Geld gemacht sind. Wir Alten haben ja auch nicht ohne Grund unsere Viehbestände gehalten und gepflegt und dauernd zu vergrößern gesucht. Wir haben darin das zukünftige, dauernde Best und Gedeihen unserer uns aus Herz gewachsenen Söhne und überhaupt der ganzen ostpreussischen Landwirtschaft. Wenn das aber so wie jetzt weiter geht mit der Viehzucht, können wir nur traurigen Herzens sehen, daß unser armes, liebes Ostpreußen zurückfällt in die übertriebene Getreideverkaufswirtschaft auf Kosten der Erfolge der Viehhaltung. Soll geholfen werden, so müssen sowohl Getreide wie Viehzölle herabgesetzt werden. „Der Herr (nicht einmal „Der Herr“) ist verurteilt.“ — „hört ich die Getreideplauderungen beim Leben soagen — wir müssen dann ja alle Preise gehen!“ Antwort: Alle nicht, höchstens die, die mit ungenügenden Mitteln große Objekte zu teuer gekauft haben, und denen überhaupt nicht zu helfen ist.

Deutschland, so ichlich dieser ostpreussische Landwirt, befindet sich in schwerer Notlage, aus der können nur ernste Mittel herausgeholfen. Wie der Arzt manchmal mit schmerzhaftem kräftigen Schnitt den Kranken rettet, so muß auch in der Volkswirtschaft das Raschmittel angewendet werden. Es heißt: Herabminderung der Zolltarife!

Ein anderer praktischer Landwirt schrieb im „Neuen Westfälischen Anzeiger“:

„Die jetzt vorhandene Nahrungsmittelteuerung ist zweifellos besonders durch die Getreide- und Futtermittelzölle noch verschärft worden, weil die Preise für alle Futtermittel um die Höhe des Zolles, zu dem noch die Zollpladereien treten, erhöht worden sind. Der Vieh haltende kleine Landwirt muß direkt den ganzen Zoll tragen. Er muß in den Jahren, wo infolge Mangels an Futtermitteln die Viehpreise niedrig sind, sein Vieh verschleudern und hat dann noch vom Großgrundbesitzer Stroh, Sten, Rüben, Kartoffeln usw. zu kaufen. Sein Vieh ist längst veräußert, ehe die hohen Preise für Vieh kommen. Der Großgrundbesitzer hat im Verhältnis sehr wenig Vieh und kann seinen Viehstand auch in schlimmen Jahren auf durchdringen, um dann im nächsten Jahre hohe Preise für sein Vieh zu erhalten. Wir finden hier wohl den größten Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz. Wäre es nicht an der Zeit, die Futtermittelzölle abzusuchen und die Getreidezölle herabzusetzen, um einzugemäßen einen Ausgleich zu schaffen? Jeder rechtlich denkende Mensch muß heute einsehen, daß die Futtermittelzölle der Allgemeinheit keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen.“

Sogar ein Industrieorgan, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, beschäftigte sich jüngst mit der Fleischteuerung, wobei das Blatt eine scharfe Haltung auch gegen die Untätigkeit der Regierung in dieser brennenden Angelegenheit einnimmt. Wenn das Bergorgan auch Nutzenanwendungen zieht, die mehr die Interessen der Unternehmer berühren sollen, so spricht es doch derbe Wahrheiten aus:

„Jedes Jahr leiden wir in Deutschland einige Monate lang unter einer enormen Fleischteuerung, und das Schlimmste ist, daß die Preise, wenn schließlich der Markt stärker und mit billigem Vieh besetzt wird, zwar ein geringes fallen, aber bei weitem nicht auf die Stufe vor Beginn der Teuerung zurückfallen und daß im Durchschnitt die Fleischmengen von Jahr zu Jahr teurer wird. Die Regierung beschränkt sich trotz der bitteren Erfahrungen, die sie bei den letzten Reichstagswahlen gerade infolge der anhaltenden Verteuerung der Lebenshaltung gemacht hat, auf einige Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und wenn es hoch kommt, auf eine lakonische und ablehnende Rede des Landwirtschaftsministers im Parlament. Daß diese nun nachgerade auch langweilig werdende Haltung der Regierung nicht länger beibehalten werden kann, mag sie daraus erkennen, daß es nicht etwa nur die stark angegriffenen Massen der Sozialdemokratie sind, die über diese schlapp und hilflose Haltung der Regierung gegenüber einer das Volkswohl tief berührenden Frage unwillig sind, sondern, daß auch weite staats-erhaltende und nationaldenkende Kreise sich gegen diese ärgerliche Untätigkeit und Gleichgültigkeit auflehnen. Es geht so auf die Dauer nicht weiter. Selbst aus den Kreisen, die früher nicht gewillt waren, wird jetzt die Mahnung erhoben, die Regierung müsse die Grenzen weit öffnen, wenigstens für geschlachtetes, insbesondere für gefrorenes Fleisch aus Australien und Südamerika. Dieser Forderung gegenüber kann das beliebige Argument gegen die Einfuhr von lebendem Vieh, daß dadurch der Viehbestand des deutschen Bauern vermindert werde, nicht geltend gemacht werden, denn ein gefrorenes Hammelfleisch kann dem deutschen Rindvieh unmöglich die Maul- und Klauenseuche übertragen. Die Erfahrung in England hat

aber gezeigt, daß durch die sorgsam organisierte und gepflegte Einfuhr von australischem Fleisch weiten Volkstreffen ein billiges, zugehöriges und gesundes Nahrungsmittel beschafft werden kann. Gegen diese bestehende Forderung zurgen der Fleischnot kann die Regierung unter keinen Umständen irgend ein sich haltendes Argument geltend machen, und wenn sie auch diese Forderung ablehnt, so kann sie sich gegen den von extremer Seite erhobenen Vorwurf, ihre Politik sei nur darauf gerichtet, den Agrariern die hohen Viehpreise unter allen Umständen zu garantieren, nicht verteidigen. Selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat zugegeben, daß eine Fleischteuerung vorhanden ist. Der von ihr gegebene Trost, es handele sich nur um eine vorübergehende Erscheinung, kann nicht mehr ernst genommen werden, da er schon zu oft ausgesprochen worden ist, und sich niemals bewahrheitet hat. Wenn das offiziöse Blatt jetzt von neuem mit dieser windigen Auskunft kommt, so darf es sich nicht darüber wundern, daß ihm mit Hohn begegnet wird. Im ganzen kommt ja diese regierungsseitige Begründung darauf hinaus, das deutsche Volk werde sich an diese ewig wiederkehrende Fleischteuerung „gewöhnen“. Dieses Argument ist aber um nichts humaner als die Ausdauer der Leute, die dem Volke die Haut bei lebendigem Leibe abziehen und die jedem Einwand gegen diese Grausamkeit mit der Ausrede begegnen, die Male seien das gewohnt. Natürlich sind nicht die Male diese Grausamkeit gewohnt, sondern ihre Schuld.“

Trotz dieser deutlichen Sprache, bleibt die Regierung kalt wie eine Hundschmauge. Die Minister und andere hohe Herren befinden sich auf Meilen. Die ihnen verbreiteten Dinners lassen keine Not erkennen. Die Reichstagsabgeordneten, soweit sie sich als wahre Volksvertreter betätigen möchten, warten mit Sehnsucht auf die Einberufung des Parlaments, um durch geeignete Maßnahmen eine Verringerung der Not herbeizuführen. Die Regierung bleibt in dieser Beziehung untätig, ihr geht die Freundschaft zu den Nachkommen der Edlen von Reno über die Volkswohlfahrt. — Doch wir wollen niemandem Unrecht zufügen. Die Regierung hat bereits „energetische“ Schritte zur Teuerung der Notlage eingeschlagen. Ja, sie hat im Vorjahre den Zoll auf Kartoffeln zeitweilig aufgehoben und die Erlaubnis erteilt, daß gepökeltes Fleisch einstufiger (also kranker) Rinder ohne die Bezeichnung „bedingt tauglich“ in den Verkehr übergeführt werden darf. Außerdem hat der Bundesrat gestattet, daß aus dem Auslande Pferde Därme eingeführt werden dürfen, und weiter trat eine Milderung des Verfahrens bei Veranftaltung von Tierkörpern wegen Nesselstichers ein. Die Erleichterung besteht also darin, daß den Konsumenten krankes Minderfleisch jetzt zum gleich hohen Preise des gesunden Fleisches verkauft werden darf! Das sind natürlich merkwürdige Abhilfemittel gegen die Teuerung. Die Regierung hat aber noch ein Uebrigens getan. Sie hat in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklären lassen, daß die Fleischnot die Folge des vermehrten Fleischverbrauches ist, daß der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung 37,94 Kilogramm im Jahre 1905, 41,02 Kilogramm im Jahre 1911 betrug. Wohlweislich wird verschwiegen, daß im zweiten Vierteljahr 1912 der Fleischverbrauch von 10,50 Kilogramm auf 9,80 Kilogramm zurückgegangen ist. Nun ist aber ein Fleischkonsum (Wurst, Speck usw. mit eingerechnet) von 80 Pfund pro Jahr durchaus nicht reichlich, wenn man bedenkt, daß nach Vorchrift ein deutscher Marinefeldat wöchentlich mindestens 800 Gramm Rindfleisch, 800 Gramm Sammelfleisch und 700 Gramm Schweinefleisch, das sind 230 Pfund Fleisch jährlich, erhalten muß. Würde eine deutsche Arbeiterfamilie zu ihrer Ernährung das gleiche Quantum Fleisch beanspruchen, so müßte sie jährlich 450 Mk. allein dafür ausgeben. Da aber 99 Proz. der Arbeiter in Deutschland das nicht können, müssen sie schlechter wie ein Marinefeldat leben. In England entfallen 62 Kilogramm reinen Rindfleisches pro Jahr auf den Kopf der Bevölkerung. Das Kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin hält 55 Kilogramm für genügend. Also nach diesen einwandfreien Berechnungen bleibt trotz der regierungsseitig erwähnten Steigerung des Fleischkonsums, der Fleischverbrauch weit hinter den Anforderungen einer hygienischen Ernährung zurück.

Angesichts dieser traurigen Tatsache hat der Scharfmacherphilosoph Felix Kub noch den sonderbaren Mut, in der „Arbeiter-Zeitung“ die Behauptung aufzustellen:

„Was wir unter Teuerung verstehen, ist in den allermeisten Fällen eine wohlthätige Krise, die bereits den Beginn natürlicher und normaler Zustände bezeichnet.“

Wir halten Felix Kub nicht für einen Philosophen, für den er sich hingibt, höchstens für einen solchen, der mit seinen „Lehrgebäuden“ am günstigsten abschneidet, wenn er aufhört, von realen Dingen zu schreiben.

Diese Teuerung wird weiter das Volk drücken, auch wenn das Fleisch um 10 oder 15 Pfennige billiger zu haben sein wird. Wir sind durch eine tolle Wirtschaftspolitik seit Jahren aus den unnatürlichen und anormalen Zuständen in der Frage der Lebensmittelpreise nicht herausgekommen und das wird so lange bleiben, bis man anfängt, die heutige, von Kub gepriesene, Wirtschaftspolitik zu beseitigen. Eine wohlthätige Krise, die hart empfundene Teuerung! Man sieht, für welchen blühenden Unsinn kapitalistische Soldatenschreiber ihre horrenden Speien einstreichen. Für gutes Geld hat Felix Kub aber noch etwas dem Scharfmacherpapier anvertraut. Er schreibt:

„Schweinefleisch, Rindfleisch, vermehrt oder vermindert auftrieb auf den Schlachthöfen, es wird ein Ausschuss darum gemacht, als wenn es sich um eine Lebensfrage der deutschen Nation handelte! Spaltenlange Zeitungsartikel, große Versammlungen, Protestkundgebungen, Deutschland am Rande des Abgrundes, wenn nicht schleunigt für niedrige Fleischpreise gesorgt wird! Also wird der Optimist sagen, glückliches Deutschland, das keine größeren Sorgen kennt, als diejenigen, um den guten und reichlichen Anhalten, und das nebenher den höchsten Preis zwar knurrend und murrend, aber doch immer mit leichter Hand zu bezahlen vermag! Wehe unserem Vaterlande, so sagt der Pessimist, das in materialistischer Geistesrichtung befangen, der Wagenfrage ein so ungeheures Gewicht beilegt, daß vor diesem beinahe alle übrigen Interessen zurücktreten. Soll man ein Volk für ein glückliches halten, wenn es in ruhiger, schaffender Arbeit nur darauf bedacht sein kann, sich einen möglichst bequemen, billigen und reichen Lebensgenuss zu verschaffen. Eder sind jene Zeiten höher zu preisen, in denen Staat und Volk um die höchsten Ziele, um ihre Macht, ihre Freiheit, ihr Dasein ringen?“

Und was stellt Kub über die Bewegung gegen die Teuerung, die nicht nur Arbeiter, sondern auch weitere Kreise des Bürgertums, große Kommunen, selbst Industrieorane ergriffen hat? Was als die höchsten Ziele des deutschen Volkes, die alle Not vergessen machen soll? Nun, sehr einfach, die würdige Feier des — Sedanstages!

Fordert die Stellmanahme dieses Scharfmacherorgans schon den Protest aller Denker und urteilsfähigen Menschen heraus, so ist als mildernd anzuführen, daß dieses Blatt bei seiner Gründung hervorob, ein „Antwortwärts“, also ein „Rückwärts“ sein zu wollen. Zu bedauern ist die Haltung der Zentrums- presse in der Teuerungfrage. Die Zentrums- wähler rekrutieren sich zum größten Teile aus Arbeitern, ohne sie wäre es längst zusammengebrochen. Nun sollte man erwarten, die Zentrums- presse nimmt sich ihrer Anhänger an. Geschieht, die Führer, die ja nur auf den Knopf zu drücken brauchen — und die Truppen marschieren nach ihrem Willen, lassen sich von den Arbeitern und ihren Forderungen nicht beeinflussen. Wenn der knurrende Wagen Oppositionsgelüste vorbeiführt, ein Druck auf den Knopf, alles ist ruhig. Die Führer der Partei für „Wahrheit und Recht“ haben sich in die Gefolgschaft der Agrarier gegeben, sie arbeiten sich in die Hände und in die Taschen, gleichgültig, ob das Volk dabei zugrunde geht. Da ist es selbstverständlich, wenn die Zentrumsblätter das Echo der leitenden Personen ist. Man muß Mitleid mit den Arbeitern haben, die noch immer im Banne des schwarzblassen Blocks stehen und für bare Münze nehmen, was ihnen in den zentriertlich geleiteten Blättern vorgelesen wird.

Soll es anders werden, und es muß anders und besser werden, dann dürfen alle, die die Zu-

stände klar erkannt haben, ihre Pflichterfüllung nicht nur mit einer Beteiligung an noch so glänzend verlaufene Protestkundgebungen erschöpfen, sondern unablässig für die Organisation auf gewerkschaftlichen und politischen Gebieten sorgen und den Zusammenschluß in den Konsumvereinen propagieren. Diese drei Arme der Arbeiterbewegung vereint, bilden nicht nur den geeignetsten Protest gegen die bestehenden Mißstände, sondern gelten dauernd den herrschenden Klassen als eine Warnung, den Arbeitern aber sind sie ein Hort und Schutz in allen Lebenslagen.

„Noble“ Geschäftspraktiken in der Lederwarenindustrie.

Wer einigermaßen Zeit und das Verständnis dafür hat, in den Handelszeitungen die wirtschaftlichen Konjunkturverhältnisse zu beobachten, wird erstaunt über die Geschäfts- gebahrung industrieller Unternehmungen und die Zusammenbrüche großer Banken und Fabrikerwerke sein. Auf der einen Seite Verteilung hoher Dividenden auf Kosten der Konsumenten und der im Werke beschäftigten Arbeiter, auf der anderen Seite große Fälligkeiten, unter deren Folgen wiederum die Arbeiterchaft am meisten zu leiden hat. In den letzten Wochen nahmen die Baukreise einen breiten Raum in dem Handelsteil bürgerlicher Zeitungen ein, an denen die Arbeiter durchaus nicht achtlos vorbeigehen können, weil sie den Widerstand der kapitalistischen Produktionsweise am kräftigsten offenbaren.

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und beschränktem Geldmitteln, aber mit weitem Gewissen, kauft große Terrains zu Bauzwecken. Banken geben gegen hohe Zinsen Baugelder her, Handwerker liefern die Arbeit, und wenn die Gebäude eine gewisse Höhe erreicht haben, halten die Geldgeber mit ihren Verschüssen zurück. Ein mittelloser Strohhalm erklärt sich für zahlungsunfähig; das Gebäude wird zwangsweise versteigert und von irgend jemand um ein Billiges erstanden. Die Handwerker und Lieferanten verlieren oftmals ihr Hab und Gut, die „Aravottenmacher“ stecken den Korb ein. Die Zimmungen verfallen, durch geschlechtlich zu treffende Maßnahmen ihre Mitglieder vor den Folgen des Bauschwindels zu bewahren und erstreben, daß Handwerkerforderungen als vorberechtigt gelten sollen, d. h. sie sollen aus der erzielten Masse, gleich den Arbeitern, in erster Linie berücksichtigt und bezahlt werden. Auch sollen, um den Kampf gegen den Bauschwindel wirksamer betreiben zu können, Verhandlungen zur Gründung einer Interessengemeinschaft zwischen der Handwerkerkammer Berlin, dem Schutzverband Berliner Bauinteressenten und dem Verbands zum Schutz des deutschen Grundbesitzes und Realredits angebahnt worden sein. Wie notwendig solche Allianzen sind, beweist uns der Konkurs eines der größten Baugeschäfte Berlins, der Firma Kurt Berndt. Es handelt sich um Forderungen von außerordentlich hoher Höhe, Millionen kommen in Frage. Die Aktiva, die sehr vorsichtig zu bewerten sind, setzen sich zusammen aus Inventar, Wechsel 25 750 Mk., von denen voraussichtlich 15 000 Mk. eingehen dürften, Bauguthaben 3000 Mk., diverse Konten 6840 Mk.; in der Masse befindliche Hypotheken etwa 1 900 000 Mk., die mit 50 000 Mk. zu bewerten sind; lombardierte Hypotheken 11 770 854 Mk., die jedoch für die Masse ohne Ueberdick sein dürften; Ueberdick aus eigenen Terrains 11 000 Mk.; Ueberdick aus sechs eigenen Grundstücken etwa 5000 Mk.; Aktienstände 2 1/2 Millionen, die mit 50 000 Mk. zu bewerten sind; bares Geld 3258 Mk. Von der etwa 184 360 Mk. betragenden Aktivmasse sind etwa 84 360 Mk. für Mieten, Gehälter, Vorrechtsforderungen usw. abzusetzen, so daß etwa 100 000 Mark auf 3010 523 Mk. vorrechtslose Forderungen zur Verteilung disponibel sind, entsprechend einer Dividende von 3 1/3 Proz. Die Dividende würde sich aber verringern, falls die Konkursmasse für Bürgschaften in Anspruch genommen werden sollte, die für erste Hypotheken

in Höhe von 15 161 530 Mk. und für zweite Hypotheken in Höhe von 4 747 750 Mk. bestanden, und wenn noch anderweitige Hypothekenausfälle eintreten, oder wenn Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden. — Dann erhalten die nicht bevorrechtigten Gläubiger keinen Pfennig.

Was wir hier in knappen Zügen vom Bau- markt geschildert haben, vollzieht sich leider auch in der spontan aufgebblühten Damentaschenindustrie, nur daß hier nicht die Banken, sondern die Warenhändler und alle ehrliche Großisten die Geldgeber und Warenabnehmer zu gleicher Zeit sind.

Wir haben an dieser Stelle und besonders in der früheren „Portefeuille-Zeitung“ auf die an allen Ecken und Enden auftauchenden fragwürdigen Existenzen hingewiesen, die es sich zur Aufgabe machen, aus der Taschensfabrikation, von der sie nichts verstehen, gleichviel auf welchem Wege, Profite für sich herauszuwirtschaften. Stehen doch in der Lederwarenindustrie durchaus nicht die Fälle vereinzelt da, wo völlig mittellose Personen von Großhändlern, sogar wir gegen Siderstellung durch Pfandheime auf Gold- und Silberfäden, Kredit erhalten und damit zu fabrizieren beginnen. Leder, Bügel und sonstige Zutaten werden ebenfalls auf Kredit genommen. Unterhaltungs- und Lohnkosten werden aus den wöchentlichen Abzahlungen bestritten, wofür der Großist neben 5 und 2 Proz. noch 5 Proz. Extrafonto erhält.

Im Interesse der Arbeiter und der Einhaltung der Tarifverträge haben wir schon des öfteren Veranlassung genommen, mit der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten Rücksprache zu nehmen und glaubten, mit dem Hinweis auf die Beseitigung der Schmutzkonkurrenz gemeinschaftlich die Industrie von solchen Spinnern zu befreien. Genüß hat dies bis heutigen Tages nichts. Die Vereinigung vertritt den Standpunkt, jeder könne mit seinem Gelde machen was er will. Mehr denn je leidet die Industrie unter diesen bedauerlichen Zuständen, was die in letzter Zeit von uns gemeldeten Zahlungseinstellungen verschiedener Damentaschenfabrikanten zur Genüge bekräftigen.

Mit folgendem wollen wir an der Hand eines von uns herausgegriffenen Falles, dessen Internia wir vorläufig verschweigen, kurz die in der Lederwarenbranche beliebten Manöver schildern.

Anlässlich eines Arrangements einer insolventen Taschensfabrik mit den Gläubigern erhielten wir von gut orientierter Seite einige Mitteilungen, die die Fabrikation und den Handel von Lederwaren bligartig belandeten und den unbefreibbaren Nachweis erbringen, wo der Ruin der Lederwarenindustrie zu suchen ist, und auch der Fabrikantenvereinigung den Weg zeigen, der eingeschlagen werden muß, wenn eine Gesundung in der Fabrikation eintreten soll.

Der betreffende Fabrikant, um den es sich in diesem Falle handelt, hat innerhalb acht Jahren offiziell zum zweitenmal die Zahlungen eingestellt, und zwar jetzt mit erhöhter Passiva. Hauptabnehmer seiner Produkte sind eine Berliner Exportfirma und ein bekanntes Warenhaus, welches in vielen größeren Städten Deutschlands Filialen oder Zweigabteilungen unterhält und zu seinen Serienwachen Bedarf an großen Quantitäten Damentaschen zu billigen Einkaufspreisen hat. Früher lieferten auch Fabrikanten, die ihr Geschäft auf gesunder Basis betreiben, ihre Waren dort hin. Allerdings wurde von ihnen ein diffizil gearbeitetes Stück verlangt. Aber jetzt haben andere Marimen Platz gegriffen. Wer am billigsten liefert und sich dabei noch große Rabattabzüge machen läßt, ist Bahn im Korb. Dafür revanchieren sich dann auch die Großhandlungen. Besindet sich nämlich ein solcher Taschensfabrikant in prekärer Geldverlegenheit, diese Herren Warenhausbesitzer und Exporteure haben eine offene Hand. Sie leisten Garantie für Arrangements bei den Gläubigern und fesseln den selbständigen Fabrikanten noch mehr an sich. Allerdings muß er sich verpflichten, große Quantitäten Damentaschen zu den ihm diktierten Preisen zu liefern.

Vor zirca zwei Jahren fallierte eine größere Offenbacher Laidenfabrik, nachdem der Besitzer es vorzog, lieber seinen Betrieb dauernd einzustellen, als wie immer in Gefahr zu leben, daß ihm der Strich um den Hals zugezogen wird. Fast zur selben Zeit geriet die Laidenfirma, von der hier die Rede ist, in Zahlungsschwierigkeiten, weil der Bügelfabrikant sein Geld für gelieferte Waren haben wollte. Der Laidenfabrikant vertraute sich einem Exporteur und einem Warenhausinhaber an, diese gaben ihm eine respektable Summe zur Begleichung der Bügelschulden, übernahmen auch die Garantie, daß die Gläubiger 50 Proz. ihrer Forderungen in zwei Raten erhalten werden, so daß munter weiter fabriziert werden konnte. Die Geldgeber erhielten die von ihnen gewünschten Quantitäten zu den ihnen genehmten Preisen. Hier hieß es: „Frisch Vogel oder stirb“. Wenn auch annähernd hundert Personen in dem Betriebe beschäftigt wurden, so ließ er sich auf solcher Grundlage doch nicht halten. Vor einigen Wochen wurden wiederum die Zahlungen eingestellt. Doch wenn die Not am größten, sind oben gekennzeichnete Geschäftshaber am nächsten. Sie übernahmen das Arrangement mit den Gläubigern, welche sich mit 35 Proz. zufriedengaben. Bügel- und Lederhändler, deren Forderungen insgesamt 135 000 Mk. betragen (einzelne haben 26 000 bis 27 000 Mk. zu bekommen), liefern fernerhin, und Warenhaus und Großist erhalten weiter große Quantitäten Damentaschen zu billigen Preisen. Wir unterlassen es, solche Manipulationen beim richtigen Namen zu nennen, meinen aber, wenn ein Arbeiter, der das Glied hat, etwas gepumpt zu bekommen, seine Schulden in voller Höhe nicht zahlen kann, überhaupt wenn er weiß, er wird sie nicht bezahlen können, unweigerlich vom Staatsanwalt am Fragen genommen wird. Aber andere Fragen tauchen hier noch auf.

Welche Unthunnen müssen doch die Lieferanten verdienen, wenn sie Beträge einbüßen können wie in den letzten Wochen und trotzdem ihnen dieselbe Gefahr droht, weiter Materialien an solche Unternehmer liefern?

Wo bleibt die Fabrikantenvereinigung, die vorgibt, die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen? Wir sind nämlich der Auffassung, wenn die Unternehmervereinigung den Arbeitern mit Ausperrung und Ausschmierung droht, sobald sie einige Wenigke Lohnzulage fordern, weil die Fabrikation ihrer Meinung nach durch bessere Bezahlung der Arbeiter inlohend und dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig würde, so steht ohne Zweifel fest, daß die Industrie einen viel größeren Schaden erleidet durch Fabrikanten, die in großen Massen zu jedem Scheuderpreise liefern, wodurch reell geleitete Unternehmungen ins Hintertreffen geraten. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Interessen der Herren Lederwarenfabrikanten zu schützen, wir wollen ihnen aber doch den Rat geben, anstatt in ihrer Vereinigung sich mit Maßnahmen gegen die Arbeiter zu beschäftigen, endlich einmal daran zu gehen, skandalöse Mißstände, wie sie hier geschildert werden und durchaus nicht vereinzelt dastehen, zu beseitigen und Vorkehrungen gegen Wiederholungen zu treffen. Bei einigermaßen gutem Willen und Energie ist das in der Lederwarenerzeugung eher wie in jeder anderen Branche möglich. Doch es scheint so, als ob die Fabrikantenvereinigung sich vor ihrem eigenen Mute fürchtet und daher die Dinge gehen läßt wie sie eben gehen. Eine gründliche Remedur bleibt der organisierten klassenbewußten Arbeiterchaft vorbehalten.

Bericht der Bezirkskonferenz für das Offenbacher Industriegebiet.

In den Räumen des Offenbacher Gewerkschaftshauses fand am 8. September eine Bezirkskonferenz zum Zwecke der Durchführung der Münchener Beschlüsse und sonstiger notwendiger Organisationsreformen statt. Anwesend waren die Gauleitung, 28 Delegierte und zwei Vertreter des Zentralvorstandes; Lämmerspiel, H. Auheim und H. Steinheim fehlten. Auf Antrag der Frankfurter Verwaltungsstelle entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, ob die Regelung der Frankfurter Angelegenheit (Anstellung eines Ortsbeamten) als

besonderer Tagesordnungspunkt behandelt werden soll. Gegen die Stimmen der Frankfurter Delegierten wird folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Geschäftsbericht, a) des Gauleiters, b) des Tarifkommissars, c) des Kassierers.
2. Durchführung der Verbandsbeschlüsse. (Ref.: G. Höf.)
3. Anträge und Verschiedenes.

Gauleiter Höf erstattet den Geschäftsbericht der letzten drei Jahre und verweist auf den im Nachorgan erschienenen Bericht. Der Mitgliederbestand hob sich von 3270 auf 4014, was einem Zuwachs von 747 gleich 23% Proz. gleichkommt. Wenn alle Neuaufgenommenen treu zum Verbands halten würden, müßte der Zuwachs 1718 Mitglieder betragen. Dieser Fluktuation kann nur durch intensive Hausagitation gesteuert werden. Die enorme Lethargie der Mitglieder vermindert die mangelhaften Aufklärungsarbeiten. Die aufgewandte Mühe für Verbandsarrangements wird durch einen 10prozentigen Verlust belohnt. Unter dieser Verbandsunfähigkeit leidet die Einhaltung der Tarife. Zwar langjährige Mitglieder scheren sich sehr wenig um die tariflichen Bestimmungen. Der vorjährige Lohngeldbesitzgang hat viele Kollegen veranlaßt, in Leder- und Schraubenfabriken Erwerb zu suchen. Durch Ueberangebot von Arbeitskräften wurden die Löhne gedrückt, auch hat die Ausbreitung des Heimarbeiters- und Zwischenmeisterstimmens zugenommen, wobei die tariflich vorgesehene Altersgrenze nicht beachtet wird. An Lohnbewegungen waren die Kollegen der Lederwaren-, Auto-, Geschirrs-, Treibriemen- und Militäreffektindustrie beteiligt, wobei die bei der Firma Maury-Offenbach verloren gina. Günstige Agitationserfolge sind in der Müffelsheimer Autobranche zu verzeichnen. In Wien a. d. N. sind 12-15 Kollegen in der Portefeullerindustrie beschäftigt, welche höchstens 15-18 Mk. pro Woche verdienen. Dieser ungünstige Umstand und die Sozialistenfeindschaft der Einwohner und der von ihnen angewandte Terrorismus gegen jeden Freigesinnten hindern ein Aufheben unserer Verbands. Dasselbe ist in Judau der Fall. Doch alles das wird uns nicht hindern, weiter zu agitieren, bis das von uns gesteckte Ziel erreicht ist. (Beifall.)

Kollege Wurm gab einen Bericht als Leiter der Tarifkommission, wobei er bedauert, daß viele Kollegen ihre Rechte nicht wahrnehmen und der Organisation verfehlen, durch Funktionäre für ihr Recht einzutreten. An der Hand vorabkommener Tarifbrüche schildert Redner die Vertragsbestimmungen und erwartet von den Anwesenden, daß sie mit dafür sorgen, endlich tarifliche Zustände zum Durchbruch zu bringen.

Den Massenbericht gab Kollege Krüger. Zu der Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1912 verzeichnete die Bezirksunterstützungskasse (Beitrag pro Woche 5 Pf.) an Beiträgen 16 558,15 Mk., aus der früheren Kassafasse der Sattler 10 347,56 Mk., Rinsen 1098,08 Mk., insgesamt 28 003,79 Mk. In Arbeitslosenunterstützung wurden 8990,50 Mk. und rund 40 Mk. für „Verschiedenes“ verausgabt, so daß ein Ueberchuß von 7527,72 Mk. und ein Massenbestand von 18 973,36 Mk. erzielt werden konnte. Die Wohltat dieser Einrichtung für die Mitglieder zeigt sich in der steigenden Anspruchnahme. Im Jahre 1909 verblieben 86,21 Proz. von den Einnahmen, im Jahre 1910 51,28 Proz. und im Jahre 1911 27,40 Proz. Da jetzt alle Mitglieder bezugsberechtigt sind und das letzte vergangene Jahr eine sehr schlechte Konjunktur angeht, werden, daß die Unterstützungsstelle auch in Zukunft ihrer Aufgabe gerecht wird. Die Verwaltungsstelle des Bezirkes bilanzierte mit 15 896,97 Mk. Einnahme und 11 527,09 Mk. Ausgabe, darunter 2800,22 Mk. für Streiks, wovon die Frankfurter Kollegen 2019 Mark erhielten. Der Ueberchuß beträgt 4369,88 Mark, der Massenbestand 12 273,58 Mk.

Kommet Frankfurt beantragt Dechauererteilung und ergänzt den Bericht des Kollegen Höf in bezug auf die günstigen Agitations- und Lohnbewegungserfolge in der Autobranche. Leider sind hier die Verhältnisse in der Lederwarenbranche ebenso betrübend wie im übrigen Bezirk.

Schulz-Entheim schildert das Verhältnis der Fabrikanten zu den Zwischenmeistern. Trotzdem in einem Betriebe gleiche Löhne zu zahlen sind, wird den Zwischenmeistern der Lohn gedrückt, so daß sie nicht in der Lage sind, ihren Hilfskräften die tarifliche Lohnzulage zu gewähren. Es wäre gut, gegen solche Unternehmer energisch vorzugehen. Winter-Oberthausen führt die Fluktuation auf die in Wäld zu Durchführung kommende Beitragserhöhung zurück. Neben der Hausagitation ist das öftere Abhalten von Bezirksversammlungen notwendig.

Kollege Frankfurt: Die Arbeit der Gauleitung ist derartig groß, daß ihr nicht zugemutet werden kann, ihr Tätigkeitsgebiet noch auszuweihen oder noch mehr Funktionen aufzuheben.

Wrenl-Jechenheim hält es für richtig, daß für die Verwaltung Bergen-Enkheim die Bureaucratur eingerichtet wird und daß hier in den Wintermonaten eine höhere Entschädigung als während des Sommers zu zahlen ist. Unzufriedenheit über den Tarifabschluß herrscht unter den Lohnarbeitern. Nur die Zustimmung muß mehr für Erhöhung der Löhne, Bezahlung der Feiertage und Gewährung eines Sommerurlaubes erteilt werden.

Seip-Wichsheim wünscht eine Veröffentlichung der Tarifbrüche im Verbandsorgan oder in einem Flugblatt, um so den Kollegen ein Spiegelbild vorzulegen. Dagegen wendet sich

Karenzig-Offenbach, welcher noch auf die günstige Massenabrechnung hinweist.

Wenkischild (Zentralvorstandsvertreter) empfindet den Bevollmächtigten und sonstigen Funktionären mehr Energie und keine Rücksicht auf die Reichheit der eigenen Kollegen zu nehmen.

Jung-Offenbach ersucht, sich mehr des Lehrgangswesens anzunehmen. Im übrigen ergänzt er den Bericht des Kollegen Wurm und meint, in Berlin liegen die Verhältnisse nicht besser. Die Heimarbeit nimmt auch hier zum Schaden der Industrie überhand.

Wurm: Auch in Offenbach haben die Arbeiter das Bestehen, auf Kosten der täglichen Arbeitszeit den freien Samstagnachmittag einzuführen. Nachdem durch Spruch der Schlichtungskommission dies verboten ist, werden sich die Kollegen gegen die Organisation. Bezüglich der Heimarbeit für einen zweiten Arbeiter verlangt die Unternehmerorganisation in einem Schreiben, wir sollen auf Grund des Vertrages Sorge tragen, daß niemand für einen anderen Arbeitgeber nach Feiertagen arbeitet. Hier billigt kein Ausschluß aus dem Verband, sondern innerwährende Aufklärung.

Kommet wünscht einen Beschluß darüber herbeizuführen, ob die Anschaffungskosten für das Bergen-Enkheimer Bureau aus der Masse des Widerstandsfonds zu zahlen sind. Sollte sich die Konferenz auf diesen Standpunkt stellen, so wird auch Frankfurt seine Rechnung einreichen. Die finanziellen Verhältnisse bezüglich Einhaltung des Tarifs müssen veröffentlicht werden, soll eine Besserung eintreten. Auch müsse man sich endlich damit beschäftigen, was in Zukunft geschehen soll, um die Mißstände hintanzubalten.

Höf verspricht sich keinen Nutzen von einer Veröffentlichung der Mißstände. Das Wesen der Heimarbeit zeitigt auch in allen Industrien das gleiche Gesicht. Dabei müssen wir noch zugeben, daß es in der Glas- und Blumenindustrie noch weit übler ausseht. Ausschüsse aus der Organisation Schaden uns noch mehr, als wie sie uns nützen können, weil sie dann ganz unserem Einflusse entzogen sind.

Krüger weist darauf hin, daß der Zustand nach Bergen-Enkheim schon seit Jahren gewährt und von früheren Konferenzen abhüllt worden ist.

Nachdem beschlossen wurde, dem Kassierer Dechauer zu erteilen und die Bureaukosten für Bergen-Enkheim von der Widerstandsfondsbesse zu übernehmen, war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zu der Nachmittagsstunde beschäftigte sich die Konferenz mit der Durchführung der Münchener Verbandsbeschlüsse mit besonderer Bezugnahme auf den Offenbacher Industriebezirk. Im einleitenden Referate machte Kollege Höf darauf aufmerksam, daß die Konferenzbeschlüsse mit Zustimmung des Zentralvorstandes bindende Kraft für alle Mitglieder haben. Laut § 12 Abs. 1 kann nur eine Verwaltungsstelle an einem Orte bestehen. Demzufolge hört die Filiale Bürgel am 1. Oktober auf zu bestehen. Die Mitglieder werden der Offenbacher Verwaltung zugeführt, welche es sich angelegen sein lassen wird, den besonderen Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Von noch größerer Bedeutung ist der Absatz 5 des § 12 des Statuts, welcher lautet:

„Für die Entschädigung der Ortsverwaltung, für die Verreibung der am Ort notwendigen Agitation und für sonstige drückende Zwecke stehen den Ortsverwaltungen ohne besoldeten Beamten vom Beitrag für männliche Mitglieder 10 Pf. und vom Beitrag für weibliche Mitglieder 5 Pf. zur Verfügung. Die Verwendung dieser Gelder zur Auszahlung von Unterstützungen oder für andere als Verbandszwecke ist unzulässig und ist dem Zentralvorstand über die genauesten Ausgaben spezialisierte Abrechnung zu legen. Wird der angegebene Beitragsteil am Orte nicht gebraucht, so ist der übrige Teil an die Hauptkasse zu senden.“

Für die Verwaltungsstellen mit besoldeten Lokalbeamten und in einseitlich wirtschaftlichen Industriegebieten, denen ein aus der Hauptkasse besoldeter Beamter vorsteht, wird der am Ort zu verbleibende Beitragsteil mit dem Zentralvorstand besonders vereinbart.

Für den Industriebezirk Offenbach a. M. wird der am Orte verbleibende Verbandsanteil in einer Versteigerung mit dem Zentralvorstand verhandelt.

Ein unzureichender Zustand im Tag einzeln der Verwaltungsteile große Ueberflüsse aus dem Verbandsanteil erzielen, während andere kaum damit auskommen. Der Verbandsrat hat Vorzüge getroffen, daß in Zukunft Gelder zu Unterstützungszwecken aus dem Verbandsanteil nicht mehr gezahlt werden dürfen. Der Widerbandsfonds wurde von den 3 Pf. pro verkaufter Marke gelassen, wovon die unter dem oben detaillierten Nachbericht zu ersehenden Ausgaben bestritten werden sind. Da keinerlei Unterstützungen mehr daraus gezahlt werden dürfen, ist der eigentliche Zweck dieser Einrichtung überholt. Für Streifenzuschüsse wurde 1 Pf. pro verkaufter Marke verhandelt, so daß zu den Verwaltungsausgaben noch 2 Pf. benötigt werden. Es macht sich also eine neue Festsetzung des Verbandsanteils notwendig. Zu empfehlen ist eine Einheitslichkeit für das ganze Industriegebiet. Wenn man 10 bzw. 5 Pf. pro Beitrag am Orte verbleiben, so muß dieser Satz für Offenbach und Umgebung niedriger sein, weil hier drei Beamte noch aus der Zentralkasse zu bezahlen sind. Wir haben nun darauf zu achten, daß der Verbandsanteil so hoch festgesetzt wird, daß die ordentlichen Ausgaben auch zu bestritten sind. Eine Regelung der Entschädigung für die Funktionäre und Hauskassierer muß vorgenommen werden, um annähernd gleiche Verhältnisse herbeizuführen. In die Bezirksunterstützungskasse beizubehalten, wird auch in Zukunft von den männlichen Mitgliedern 5 Pf. Vorkassenschlag erhoben werden. Da in der Widerbandsfondskasse circa 12000 M. vorhanden sind, dürfte es praktisch sein, diesen Betrag der Unterstützungsstelle zuzuführen, wodurch ihr Vermögen auf circa 31000 M. anwachsen wird. Die am Orte bestehenden Vorkassenerwerbungen am Orte und sollen zu Kampfbüchern Verwendung finden. Auf keinen Fall dürfen sie in irgendeiner Form aufgeteilt werden. Auch die Bezirkskasse könnte in Zukunft andere im Kampfe befindliche Gewerkschaften unterstützen. Die Hauptaufgabe ist, die Interessen des Verbandes und des Industriezirks in gleichmäßiger Weise zu wahren.

Jung-Offenbach ist von den Beschlüssen des Verbandes in Bezug auf Gleichstellung aller Verwaltungsteile im Offenbacher Industriebezirk befriedigt. Hoffentlich läßt der Zentralvorstand den einzelnen Verwaltungsteilen eine gewisse Bewegungsfreiheit. Die Ueberführung des Vermögens aus dem Widerbandsfonds in die Unterstützungsstelle ist zu begrüßen, ebenso die Erhebung des Vorkassenschlages von 5 Pf. für männliche Mitglieder.

Niedel (Zentralkassierer): Zusätze der Beamtengelder dürfen für Verwaltungszwecke nicht mehr wie 10 und 5 Pf. pro verkaufter Marke verwendet werden. Während Berlin von seinen 20 Proz. nur 19,8 Proz. verbraucht hat, wurden im Offenbacher Gebiet fast 21 Proz. in Abrechnung gestellt, jedoch nur 21 Proz. verbraucht. Die differenzierenden 3 Proz. sind in die Vorkassen zu Unterstützungszwecken geflossen. Da dies jedoch nicht anzicht und um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, mache er den Vorschlag, nur seinen Verbandsanteil festzusetzen, sondern die Zentralkasse befreit alle Unkosten. Weil nur von Berlin nicht alles kontrolliert werden kann, soll in Zukunft mit dem Gauleiter und nicht mehr mit der Hauptkasse abgerechnet werden. Wir setzen soviel Vertrauen in die Verwaltungspersonen, daß in bisheriger Weise sparsam gewirtschaftet wird.

Hiltmann-Wieber und Jung-Offenbach: Das Angebot des Kollegen Niedel entspricht unseren Wünschen und ist uns aus dem Herzen gesprochen. Becker-Wieber: Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die vorhandenen Vorkasservermögen weder aufgeteilt noch zu besonderen Erwerbungen verwendet werden.

Seip-Bischofsheim fragt an, aus welchen Mitteln die Beiträge zu den Bildungsausschüssen gezahlt werden.

Niedel: Die Hauptkasse kann solche Ausgaben nicht übernehmen, sondern das ist Aufgabe der Vorkassen.

Warenig wünscht die Beiträge für den Bildungsausschuß den Kartell- und Sekretariatsbeiträgen gleichzustellen.

Krüger ist im Gegensatz zu Niedel der Auffassung wie Warenig. Reuber schlägt vor, die Streifenunterstützung beizubehalten, weil die Zinsen und der Ueberflusse aus der Unterstützungsstelle Mittel dazu hergeben werden.

Göbes-Neu-Zienburg kann sich mit dem Vorschlag Niedel nicht so ohne weiteres einverstanden erklären. Beispielsweise für Krangspenden hat die örtliche Verwaltung kein Geld, der Zentralvorstand wird solche Ausgaben nicht bestritten.

Becker-Wieber wünscht alle Vorkassengelder der Unterstützungsstelle zuzuführen. Denn solange

noch wieder am Orte verbleiben, gibt es doch keine Ruhe.

Wurm macht den Vorschlag, 300 M. für den ganzen Bezirk für den Bildungsausschuß aus der Unterstützungsstelle zu zahlen. Die Ansicht des Kollegen Becker ist nur zu begrüßen und bei ihrer Verwirklichung sind wir in vorbildlicher Weise leistungsfähig und könnten auch eine gleichmäßige Streifenunterstützung einführen. Vortragenden und Rührern bei Erwerbungen zu Bildungszwecken kann aus lokalen Mitteln eine Vergütung gewährt werden, aber nicht Eisenbahntarife und Eintrittsgelder für Reisen und Ausstellungen für alle Mitglieder.

Niedel: Ausgaben für Krangspenden usw. sind aus Vorkassen zu zahlen. Zu beizubehalten ist der Vorkassenschlag, wodurch 43 400 M. als Kassenbestand schon jetzt zu verzeichnen wären, die Kollegenschaft wird noch wirksamer gewonnen. Wenn dann einmal durch starke Anwartspruchnahme wegen Streifen der gemeinsame Topf geschmälert wird, dann werden die Kollegen auch wieder gern bereit sein, neue Mittel aufzubringen. Ein Streifenunterstützungszuschuß von 3 M. pro Woche würde für 5 Pfennig Beitrag vollst. genügen.

Mittlerweile läuft ein unterzeichneter Antrag Becker ein:

„Sämtliche Verbände der Vorkassen werden am 1. Oktober 1912 der Bezirksunterstützungsstelle angeführt.“

Reubel-Fechenheim wendet sich gegen diesen Antrag und meint, man soll das Angebot des Zentralvorstandes und den Vorschlag Wurm akzeptieren, lieber den Antrag Becker sollte erst unter den Mitgliedern diskutiert werden und auf einer späteren Konferenz beschlossen werden.

Reuber-Frankfurt kann sich sachlich und prinzipiell mit dem Vorschlag Niedel einverstanden erklären. Trotzdem kann er dem nicht zustimmen, weil ihm der Absatz 6 des § 12 des Statuts im Wege steht. Die Frankfurter Delegierten können sich auf Grund einer von den Mitgliedern gefassten Resolution an den Beschlüssen der Konferenz nicht beteiligen.

Weinschild warnt davor, jemals Gelder aus der Verbandskasse zu politischen Zwecken zu verwenden. Die Ausführung des Kollegen Reuber weist Reuber energisch zurück.

Rommel-Frankfurt ist mit dem Vorschlag Niedel einverstanden. Laut Beschluß sind die Frankfurter verpflichtet, pro Jahr und Mitglied 10 Pf. an den Bildungsausschuß abzuliefern. Da sie keine Mittel zur Verfügung haben, muß die Zentralkasse die Leistung übernehmen.

Es wird einstimmig beschlossen, für das Offenbacher Industriegebiet keinen Verbandsanteil zur Bezahlung von Verwaltungskosten festzusetzen, sondern der ganze Beitrag ist an die Hauptkasse abzuliefern, welche alle Ausgaben, die früher der Widerbandsfonds leistete, zu bezahlen hat.

Volter, Jung und Kern-Rügesheim halten den Antrag Becker für verfrüht.

Rommel hält die Annahme des Antrages Becker für unannehmbar, da die Frankfurter Verpflichtungen haben, die im übrigen Bezirk nicht bestehen. Während

Becker nochmals seinen Antrag verteidigt, wird er von

Seip-Bischofsheim bekämpft.

Weinschild erwidert, den Antrag Becker bis zur nächsten Konferenz zurückzustellen und die Mitglieder im Sinne des Antrages zu beeinflussen. Die Konferenz stimmte dem zu, wodurch der Antrag erledigt ist. Auf Anträge hält

Kollege Niedel es für zweckmäßig, neue Verwendungen für das an den Orten vorhandene Vermögen nicht zu treffen.

Höf und Jung befürchten, daß nach dieser Auffassung die Gelder aufgebraucht werden, wodurch erstens zweierlei Unterstützungen im Bezirke sein werden und dann am Tage der Verschmelzung nichts vorhanden sein wird.

Wurm stellt den Antrag: „Ab 1. Oktober 1912 dürfen aus den am Orte vorhandenen Lokalmitteln keine Zuschüsse zu laufenden Unterstützungen gezahlt werden.“

Niedel wendet sich dagegen, weil er ebenso geeignet ist, Staub unter den Mitgliedern aufzumischen wie der Antrag Becker. Er tritt dafür ein, bestehende Unterstützungen aus Lokalgeldern bis zum Tage der Verschmelzung bestehen zu lassen.

Schulz-Enckheim tritt für den Antrag Wurm ein, um die Mitglieder mit dem Verschmelzungsgedanken vertraut zu machen.

Warenig bittet, den Antrag anzunehmen, was auch einstimmig geschieht.

Hierauf ging Kollege Niedel auf das Verhalten der Frankfurter Mitgliedschaft, einen Ortsbeamten anzustellen, ein. Er betonte ausdrücklich, daß der Zentralvorstand die zu erledigenden Verbandsarbeiten in Frankfurt und die Notwendigkeit

eines Beamten anerkennt. Aber zu den vier bereits angeordneten Beamten noch einen fünften zu stellen, konnte sich der Zentralvorstand und Ausschuß nicht entschließen. Demgegenüber sollte Kollege Höf oder Schulz sich den Frankfurtern zur Verfügung stellen. Man möge die Konferenz entscheiden, ob in Zukunft noch ein Beamter mehr anzustellen ist.

Reuber-Frankfurt hält die Konferenz nicht für kompetent, über diese für die Frankfurter Verhältnisse so wichtige Frage zu entscheiden. Damit schiederte er den Meinungsaustrausch zwischen Zentralvorstand und Ortsverwaltung und bemängelt, daß sich der Zentralvorstand davon leiten läßt, weil schon vier Beamte da sind, ein fünfter zu viel ist. Es hat kein Recht mitzusprechen, wenn Frankfurt sich einen Beamten anstellt, den es aus eigenen Mitteln bestritten kann. Es handelt sich nur um einen kleinen Zuschuß aus der Hauptkasse. Kollege Plum hat in München den Vertrieben einen Beamten zugesprochen; bei der Probung aber ist er zusammengeklappt. Wenn wir einen Beamten bekommen, dann könnten wir innerhalb eines Jahres den Mitgliederstand auf 600 heben. Sollte der Vorstand auf seinem ablehnenden Standpunkt beharren, so muß sich Frankfurt auf eigene Weise helfen. Doch die Verantwortung trägt die Leitung.

Weinschild legt den Standpunkt des Zentralvorstandes und Ausschusses klar und betont, daß aus den vier amtierenden Kollegen im Industriebezirk einer den Frankfurtern zur Verfügung gestellt werden soll. Aber einen fünften Beamten anzustellen, ist die Verbandsleitung auf Grund der Münchener Beschlüsse nicht imstande.

Rommel-Frankfurt fühlt sich beleidigt, daß der Zentralvorstand ihm einen eingeschriebenen Brief geschickt hat, wodurch der Anschein erweckt wird, als ob er unehrlich zu handeln imstande sei. Der Zentralvorstand betreibt eine Taktik, die sich die Mitglieder nicht gefallen lassen dürfen. Es kann nicht Aufgabe der Konferenz sein, in der Verwaltungsstelle Frankfurt entscheidend einzugreifen. Dann verteidigt Reuber in längeren Ausführungen die Notwendigkeit eines Ortsbeamten, wenn nicht anders, so aus eigenen Mitteln, der gleichzeitig die Beiträge mitfaisert. Doch auch danach hat sich der Zentralvorstand gewendet. Er scheint ganz außer acht zu lassen, daß wir in Frankfurt es mit der sich ausbreitenden Automobilindustrie zu tun haben. Die Unternehmer sind Scharfmacher und versuchen, trotz Tarifverträge, uns stets in Konflikte zu bringen. Auch die Inflation erfordert einen ganzen Beamten. Dann geht Reuber auf die Finanzierung eines Beamtenpostens ein und meint, der Zentralvorstand brauchte nur einen Zuschuß von 250 M. jährlich leisten. Nicht Eigenbedürfnis ist es, was die Frankfurter zu ihrem Verlangen treibt, sondern das Interesse für die Frankfurter Mitglieder und die neuen Arbeiter in der Automobilindustrie. Da sollte sich der Zentralvorstand wegen der 250 M. Zuschuß nicht so hochbeinig stellen. Die Frankfurter Kollegen lassen sich nicht den Beamten vorkreihen, sondern auf Grund des Selbstbestimmungsrechts wollen sie sich einen Beamten selbst wählen. Möge die Konferenz beschließen, was sie wolle, die Frankfurter werden sich nur dann fügen, wenn ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Geschickt dies nicht, so werden sie ihr Recht bis zur äußersten Spitze vertreten.

Niedel: Wenn die Verhältnisse sich anders als wie augenblicklich gestalten, so kann der Zentralvorstand dem Rechnung tragen. Im Statut heißt es, daß die Lokalbeamten aus der Zentrale bezahlt werden. Daran ändert nichts, daß die Frankfurter nur einen Zuschuß beanspruchen. Sobald dies von der Zentrale zugestanden wird, heißt die Aufstellung gut und dann hat sie auch alle Verpflichtungen einzulösen. Die aufgestellte Aufrechnung ist nicht zu verlässig und viele Ausgaben sind nicht berücksichtigt. Mindestens 450 M. mehr müssen in Anrechnung gebracht werden, so daß der Zuschuß mindestens 700 M. pro Jahr betragen müßte. Wenn die Frankfurter Kollegen das Anerbieten des Zentralvorstandes annehmen und dem Kollegen Schulz-Enckheim die Kostengeschäfte übertragen, dann kann für Inflation mehr als bisher gekümmert werden. Die Stuttgarter Kollegen haben sich mit dem Zentralvorstand geeinigt, wonach dem Gauleiter ganz bestimmte Erwerbsarbeiten übertragen wurden. Auch der Gauleiter kann mehr als bisher sich den Frankfurtern zur Verfügung stellen. Vorkünftig geht dies Prohibitivum. Der eingeschriebene Brief war keine Beleidigung gegen Rommel, sondern in seinem eigenen Interesse abgefaßt. Es sollte Rommel gewarnt werden, die Wahl als Beamter anzunehmen, um ihn vor Schaden zu bewahren.

Höf erkennt an, daß in Frankfurt Arbeiten zu erledigen sind, die im Nebenamt nicht ausgeführt werden können. Gegen das vom Zentralvorstand gestellte Anfinnen, die Gauleitung nach Frankfurt zu verlegen, hat sich die Gauleitung und die Bezirkskommission gewandt. Zu empfehlen ist die Sit-

Verlegung der Entheimer Verwaltung nach Frankfurt. Auch der Vorschlag Niedels ist eine Entlastung der Ortsverwaltung.

Wegener wirft die Frage auf, wie Verbandsratsbeschlüsse zustande kommen. Der Zentralvorstand hat bewußt die Delegierten gegen den Frankfurter Antrag beeinflusst. Das muß auf die Frankfurter provozierend wirken. Die Uebertragung der Kassengeschäfte auf den Kollegen Schulz ist mit der Praxis nicht zu vereinigen. Wenn der Zentralvorstand dem Verlangen in Frankfurt nicht Rechnung trägt, dann wird Kollege Kommel wegen Ueberlastung sein Amt niederlegen. Damit wird die Gefahr heraufbeschworen, daß niemand die Arbeit leitet, wodurch der Verband Schaden leiden wird. Diese Verantwortung möchte er nicht tragen. Es liegt ihm nichts daran, wer das Amt annimmt; es könne auch Kollege Schulz sein.

Kommel hält die Ausführung des Frankfurter Beschlusses auf der von ihm aufgemachten Aufrechnung für durchführbar, weil die Einnahmen sich durch die Mitgliederzunahme doch vergrößern werden.

Wurm geht auf technische Einzelheiten ein und meint, wenn Frankfurt den Vorschlag des Zentralvorstandes nicht akzeptiert, dann muß der Ortsverwaltung Frankfurt die Arbeit dadurch erleichtert werden, daß Küffelsheim und Köpfer abgefunden und der Gauleitung unterstellt werden.

Folgender Antrag Knipper ist eingelaufen:

„Die Bezirkskonferenz empfiehlt der Verwaltungsstelle Frankfurt, die Kassengeschäfte dem angehenden Kollegen Schulz-Entheim zu übertragen, während sie den Gauleiter Höf beauftragt, sich sowie als möglich der Agitationskommission Frankfurts zur Verfügung zu stellen.“

Vrehl-Rechenheim weist energisch jurid, daß die Frankfurter Delegierten den Verbandstag nicht als höchste Instanz anerkennen. Im übrigen verpflichtet er den Warmischen Ausführungen bei und empfiehlt die Annahme des obigen Antrages.

Schulz-Entheim will, trotzdem er Arbeit im Ueberfluß hat, im Interesse des Verbandes das ihm zu übertragende Vertrauen würdigen und die Kassengeschäfte in Frankfurt übernehmen.

Kommel meint, mit der Abgabe der Kassierergeschäfte sei ihnen nichts genügt, sondern Agitationsarbeit zu leisten ist die Hauptsache, welche Kollege Schulz übernehmen soll.

Der Antrag Knipper wurde einstimmig angenommen. Ebenso die Erhebung eines Notalszuschlages von 5 Pf. pro Mitglied, Ueberweisung des Widerstandsfonds in die Bezirksunterstützungskasse. Der Beitrag für den Bildungsausfluß soll für das ganze Gebiet aus der Bezirksunterstützungskasse geleistet werden. Ebenso kann aus dieser Kasse anderen im Kampfe befindlichen Gewerkschaften ein Beitrag gemäht werden. Zu Redizoren der Bezirksunterstützungskasse wurden die Kollegen Hornstein, Crth und Vrehl gewählt.

Damit war die Tagesordnung gegen 8 1/2 Uhr erledigt.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Pinstreumleger in Kopenhagen waren im vergangenen Monat in eine Lohnbewegung eingetreten, welche mit gutem Erfolge beendet werden konnte. Das Resultat der Verhandlungen läßt sich darin zusammenfassen, daß der Stundenlohn sofort von 58 auf 60 Dore steigt und am 1. August 1913 und 1914 wiederum um 1 Dore sich erhöht. Ueberstunden nach 8 Uhr werden mit einem Zuschlag von 25 bis 33% Proz. vergütet. Alle Arbeiter, die in einem Umkreis von 15 Kilometer außerhalb Kopenhagens ausgeführt werden, werden pro Stunde mit einem Zuschlag von 10 Dore berechnet.

Der Streik der Wälschburger Reiseeffektenarbeiter dauert noch fort. Der Streik geht bereits in die 13. Woche und haben die Verhandlungen, welche in der letzten Streichwoche seitens des Hauptvorstehenden Kollegen Jönson geführt, ein zufriedenstellendes Ergebnis nicht gebracht. Die Arbeitgeber stellen sich sehr hartnäckig an und können es nicht verstehen, daß die organisierten Arbeiter bei der Festsetzung des Lohnes mitbestimmend sein wollen. Die Zugeständnisse, welche gemacht wurden, sind den gestellten Forderungen gegenüber zu gering.

Aus unserem Beruf.

Ein rabiatler Lehrbursche. Das „Neue Stuttgarter Tagblatt“ berichtet aus Ruffenhäusen: „Als ein Sattlermeister hier seinen Lehrbursen, der irgend etwas angefaßt hatte, züchtigte, nahm dieser einen steinernen Biertrug und warf ihn dem Meister mit solcher Wucht an den Kopf, daß dieser mit einem Schädelbruch zusammenbrach und ins Krankenhaus geschafft werden mußte.“

Aus Industrie und Handel.

Die Gotthard Waggonfabrik Akt.-Ges. erzielte im Geschäftsjahre 1911/12 auf Barentonto einen Reingewinn von 891.869 Mk. (i. V. 759.148). Der Ueberfluß stellt sich inklusive Vortrag aus dem Vorjahre von 40.990 Mk. (39.627) auf 279.626 Mk. (212.445). Auf das Ende 1911 um 500.000 Mk. auf 1.987.000 Mark erhöhte Vorzugsaktienkapital soll wieder eine Dividende von 10 Proz. = 198.700 Mk. (148.700) und auf 13.000 Mk. Stammatien eine solche von 7 1/2 Proz. (wie i. V.) = 975 Mk. ausgeschüttet werden. Ueber die Geschäftslage und die Aussichten im laufenden Geschäftsjahre macht die Verwaltung folgende Mitteilungen: „Der Bestand an Aufträgen zu Beginn des neuen Geschäftsjahres ist höher als der im Vorjahre, eine nennenswerte Verringerung der Preise konnte jedoch trotz Steigerung der Rohmaterialpreise nicht erzielt werden.“ Die in der Gotthard Waggonfabrik beschäftigten Sattler werden auf ihre Wocheneinkünfte mit den zur Verteilung gelangenden Dividenden zu vergleichen. Hoffentlich dämmert es ihnen nach und nach auf, daß Leute, die weiter nichts getan haben und tun, als Geld in die veritable Unternehmen zu stecken, für je 1000 Mk. 100 Mark Reingewinn erzielen, sie aber durchschnittlich nur 45 Pf. Stundenlohn erzielen.

Der Verband der österreichischen Ledertreibriemenfabrikanten hat den Vorschlag gefaßt, vorläufig einen fünfprozentigen Teuerungszuschlag den Arbeitern, pardon, auf die bisherigen Preise für Ledertreibriemen und alle anderen Ledertartikel sofort in Kraft treten zu lassen.

Gründung einer Waggonfabrik in Serbien. Ein belgisch-serbisches Konjunktum überreichte der serbischen Regierung ein Konzessionsgesuch für eine an der serbisch-bulgarischen Grenze zu gründende Waggonfabrik. Diese Fabrik wird das erste derartige Unternehmen auf dem Balkan sein. Das Kapital ist vorläufig mit zwei Millionen Frank in Aussicht genommen und soll später erhöht werden.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 5. 9.) Eine außerordentliche Versammlung der Geschäft-, Wagenbranche und Nebenbetriebe tagte am 31. September im „Volkshaus“. Genosse Meubardt hielt einen Vortrag über: „Der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise“. Redner vertrat es, an der Hand von Beispielen den Anwesenden vor Augen zu führen, wie sich der heutige Kapitalismus entwickelt hat. Als es noch keine Maschinen gab, da entschied noch die Geschicklichkeit eines jeden einzelnen, ein Tüchtiger konnte Meister werden und so sein Geld verdienen! Aber bald änderte sich die Produktionsweise, es entstanden Seerriege, Sklavenhandel usw.; wer nur verstand, zu schmuggeln, der schlug für sich Kapital raus, auch der Sklavenhandel ist ein Beweis dafür. Es entstanden große Betriebswerkstätten, Maschinen wurden eingeführt, die Arbeiten wurden spezialisiert, und der Preis der Arbeit sank, der kleine Handwerker konnte nicht mehr konkurrieren. So sehen wir wieder eine Veränderung der Produktionsweise! Die empirische Produktionsweise beruht auf Erfahrung, was bei der kapitalistischen nicht mehr der Fall ist. Die Maschine verdrängt den Arbeiter immer mehr. Als Beispiel sei die Zigarettenindustrie angeführt. Eine einzige Maschine liefert in der Stunde 15.000 Zigaretten. Man müßte nun annehmen, daß der Nutzen von der Maschine jedem einzelnen zugute käme; aber weit gefehlt. Den Nutzen zieht nur der Kapitalist. So kommt es heute vor, daß durch die heutige Produktionsweise die Kleidermagazine überfüllt sind, und Tausende von Proletariern haben nicht einmal das Nötigste zum Anziehen. Die Arbeitszeitverkürzung ist eine Naturnotwendigkeit, und muß von jeder Gewerkschaft gefördert werden! In der Ziegel- und Chemischen Industrie bestehen 8 Aktiengesellschaften, dieselben haben 49.000 Arbeiter und erzielten einen Reingewinn von 821.000.000 Mk. Die 49.000 Arbeiter dagegen hatten einen Durchschnittslohn pro Jahr von 724 Mk. An diesem Beispiel ist der Widerstand der kapitalistischen Produktionsweise recht deutlich zu erkennen!

Aber noch nicht genug, wir haben in Deutschland 5185 Aktiengesellschaften mit einem Gewinn von 25 Milliarden Mark. Es ist festzustellen, daß in Deutschland auf jede Person, ganz gleich ob Kind oder Greis, im Durchschnitt auf das Jahr 2053 Mk. Vermögen kommen, wenn es richtig verteilt wäre. Was uns aber fehlt, sammeln die Kapitalisten und so entstehen immer mehr Millionen. Das Kapital kümmert sich nicht um Unfälle und Schicksalsschicksale und so gehen jährlich Abertausende von Arbeitern elend zugrunde. (Siehe Vergewaltigerunfälle.) Die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr zu. In Berlin sind zurzeit 40.000 Arbeitslose! Demgegenüber sind in Deutschland 4,2 Millionen Frauen gezwungen, mitzuarbeiten und in den Fabriken zu schuften.

Aber trotzdem nimmt die Minderarbeit zu. Was tut nun der Staat dagegen! Er predigt, die Welt muß erhalten bleiben. So will es, daß ein jeder einzelne mitarbeiten und seine ganze Kraft der Organisation zur Verfügung stellt. Damit endlich die gerechten Forderungen der Arbeiter in Erfüllung gehen. Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen!

Am zweiten Punkt wurde vom Gesellenausfluß ein Bericht gegeben über Einhaltung unserer letzten Lohnhöhung! Es gibt noch etliche Betriebe, die es trotz dem Anunahmebeschlusses nicht für nötig halten, das Bew-lage auch nur einigermaßen eingehalten. Da sind ganz besonders noch folgende Firmen zu erwähnen, Krätze, Entlerken, Boh und Hesse u. a. Der Krätze vertritt es, trotzdem er Arbeitendend gewissermaßen der Jaung ist, die Anunahmebeschlüsse zu ignorieren. Bei der Firma Entlerken soll nach Angabe eines Gesellen nicht einmal ein Misset vorhanden sein, das erinnert recht an das Merkmal und trägt nicht gerade zur Gesundheit der Gesellen bei. Ob sich die dort Beschäftigten wohl fühlen bei solchen Verhältnissen, konnte nicht ermittelt werden. Der Gesellenausfluß ist nun auf Beschluß der Lohnkommission verpflichtet, diese Verhältnisse in der nächsten Quartalsversammlung bekanntzugeben, sollten von den Meistern bis dahin noch nicht die Abmachungen eingehalten werden. In den Kollegen liegt es aber auch mit, das Bew-lage durchzubringen!

Der dritte Punkt mußte zurückgestellt werden, da von dieser Branche die Versammlung schiedlich bejucht war. Die Firma Geuer, welche jetzt ungefähr 35 Kollegen beschäftigt, war mit 10 Kollegen vertreten. Meinen vielleicht die Kollegen, daß für sie nun die Versammlungen überflüssig sind, weil sie unter Tarif arbeiten? Nein, Kollegen, gerade der Vortrag war für jeden Kollegen von Nutzen, und die letzten Verhältnisse müßten den Kollegen erst recht Veranlassung geben, zu erscheinen. Es wurden noch Fragebogen ausgegeben, um festzustellen, in welchen Betrieben die Abmachungen noch nicht eingehalten werden. Wir ersuchen die Kollegen auf diesem Wege, dieselben recht bald ausgefüllt retourzugeben.

Frankfurt a. M. (E. 5. 9.) Unsere letzte Mitgliederversammlung unterschied sich ganz wesentlich gegen die sonstigen durch einen beruflichen Vortrag über: „Wagenbau, Automobil und Luftschiffahrt“, den die Anwesenden mit Interesse entgegennahmen. Der Vortragende ist ein Mitarbeiter unserer sachttechnischen Zeilung und dürfte den Lesern derselben, da er obiges Thema öfters behandelt, nicht unbekannt sein, es darf auch gesagt werden, daß derselbe das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, ein wesentlicher Teil an der weiteren beruflichen Ausbildung unserer Kollegenschaft mit beizutragen. In anschaulicher Weise schilderte der Redner die Entwicklung des Wagenbaues bis zum heutigen modernen Luxuswagen, behandelte eingehend das Automobil sowie die Luftschiffahrt und Aviatik, die naturgemäß für die Zukunft unserer Handwerk ebenfalls Arbeit bringen müssen. Die Diskussion bezog sich hauptsächlich auf die Einrichtung und Ausstattung des Automobils, ferner kommt zum Ausdruck, daß nach dieser Richtung für die Zukunft mehr gesehen wage und wurde die Abhaltung von Fachlehrkursen dem Vorstand zur weiteren Beratung aufbehalten. Eine derartige Einrichtung dürfte gewiß von einem großen Teil unserer Mitglieder erwünscht und begrüßt werden, wurde doch schon dieser Vortrag mit lebhaftem Interesse verfolgt, und möchte man in gewissem Sinne die Kollegen beherzigen, die dadurch, weil sie den Versammlungen fernbleiben, keine Gelegenheiten hatten, denselben mit anzuhören. Im übrigen beschäftigte sich die Versammlung mit örtlichen Angelegenheiten.

Dresden. (E. 7. 9.) Am 27. August fand eine gutbesuchte Versammlung der Militärattler statt, in welcher Genosse Panofka einen Vortrag über den Zweck und Nutzen der Arbeiterausbildung hielt. Da eine Anzahl Kollegen der Artilleriewerkstatt erschienen waren, setzte eine lebhafte Debatte über den Arbeiterausfluß auf dem Arsenal ein, welcher meist nicht imstande ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, weil die Kollegen nicht dahinter stehen und bei jeder Wahl andere Vertreter wählen. Unter allgemeines kam die Einhaltung des Tarifes zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß der Tarif überall bezahlt wird, nur die Einhaltung der Arbeitszeit läßt zu wünschen übrig. Da die Unternehmer nicht genügend Sattler bekommen, lassen sie Nebenstunden arbeiten, z. B. bei der Firma Große bis 9 Uhr abends. Auch die Lohnarbeiter arbeiten in den meisten Werkstätten 10 Stunden wie früher. Wie später noch bekannt wurde, ist in der Artilleriewerkstatt eine Bekanntmachung angeschlagen, wonach jeder, der für den Militärarbeiterverband agitiert, die Folgen zu tragen hat, hieraus werden auch die Kollegen, welche in der letzten Versammlung für diesen Verband ins Zeug gingen und unserem Verband die Vertretung der Sattler abspach, ersuchen, daß der Militärarbeiterverband am längsten bestan-

